

S1-Nordost-Umfahrung Einhausung gefordert

In einer gemeinsamen Aktion demonstrierten am 11. September BV Norbert Scheed, die Nationalratsabgeordnete Ruth Becher, der Bürgermeister von Groß-Enzersdorf, Hubert Tomsic und die Obmänner der Siedlungs- bzw. Kleingartenvereine für Änderungen an den derzeitigen Plänen für die S1.

Proteste gegen die Pläne der ASFiNAG für den Bau der S1-Nordost-Umfahrung gibt es nicht nur von Seiten der Bürgerinitiativen wie „Rettet die Lobau“ oder BIM. Diese hatten zuletzt zu Schulbeginn vor Eßling und Groß-Enzersdorf mit Atemschutzmasken vor den Schulen auf ihre Anliegen aufmerksam gemacht. Auch Bezirksvorsteher Norbert Scheed setzte, gemeinsam mit der Donaustädter Abgeordneten zum Nationalrat, Mag. Ruth Becher, der Eßlinger Gemeinderätin Ingrid Schubert und dem Bürgermeister von Groß-Enzersdorf, Hubert Tomsic ein klares Signal Richtung ASFiNAG. Gemeinsam mit den Obmännern der

Siedlungs- und Kleingartenvereine sowie den AnrainerInnen trafen sie an der Schnittstelle der beiden Gemeinden, auf dem Feld zwischen Eßling und Groß-Enzersdorf, zusammen. Hier an dieser Stelle soll sich künftig die Trasse der S1 schlängeln und das – umstrittene – Lüftungsbauwerk (die **dbz** berichtete) in die Höhe ragen.

Die Planung der S1-Nordost-Umfahrung, dessen sind sich alle Versammelten einig, nimmt in ihrer jetzigen Form auf die Wohnsituation zu wenig Rücksicht. Ihre Hauptanliegen sind daher die Einhausung der Autobahn bis zur Siedlungsgrenze sowie die Ausstattung der Lüftungsbauwerke mit Filtern nach

dem neuesten Stand der Wissenschaft und Technik.

„Eine Nichtberücksichtigung dieser Forderungen durch die ASFiNAG würde eine erhebliche Verschlechterung der Lebensqualität für die betroffenen Menschen in diesem Stadtteil des 22. Bezirkes mit sich bringen“, ist auch Bezirksvorsteher Norbert Scheed überzeugt. „Ich erkläre mich solidarisch mit diesen fundamentalen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger von Eßling und Groß-Enzersdorf. Wir sind nicht gegen die S1, sondern für unbedingt erforderliche bauliche Maßnahmen, um die Wohnsituation für die Betroffenen erträglich zu gestalten.“